



# Pressemitteilung

**Bilanz der französischen  
Präsidentschaft im Rat  
der Europäischen Union**



# Editorial



**Emmanuel Macron**  
Präsident der  
Französischen Republik

Die französische EU-Ratspräsidentschaft geht zu Ende. Sie mit dieser Bilanz abzuschließen, bedeutet zu würdigen, wie wir in den letzten Monaten gemeinsam mit aller Entschlossenheit und dem nötigen Ehrgeiz auf die neuen Herausforderungen reagiert haben.

Das Antlitz Europas hat sich in sechs Monaten grundlegend verändert. Angesichts der Rückkehr des Krieges auf unseren Kontinent hat sich die Europäische Union weder gespalten noch sich ihrer Verantwortung entzogen. Sie hat der Ukraine unermüdlich zivile und militärische Hilfe geleistet und wird dies auch weiterhin tun. Innerhalb weniger Wochen hat sie die härtesten Sanktionen gegen das russische Regime und die russische Wirtschaft verhängt. Sie konnte der Ukraine ihre europäische Zukunft aufzeigen, indem sie ihr und Moldawien den Kandidatenstatus für die Europäische Union verlieh. Mit der Europäischen Politischen Gemeinschaft legte sie den Grundstein für ein neues Forum, um die europäische Familie zusammenzuführen.

Die Europäische Union hat zudem Entscheidungen getroffen, die für sie selbst in diesem neuen Kontext notwendig waren. Dies ist das ehrgeizige Ziel der Agenda von Versailles: unsere strategischen Abhängigkeiten zu verringern sowie souveräner und unabhängiger in den Bereichen Energie, Nahrungsmittel, Industrie und Militär zu werden.

Diese vereinte und solidarische europäische Antwort auf den russischen Angriff gegen die Ukraine hat uns nicht von den Prioritäten abgebracht, die wir uns gesetzt hatten. Die klimatischen und migrationspolitischen Herausforderungen, die geopolitischen und gesundheitlichen Umstände erforderten ein ehrgeiziges Programm: Und wir haben es eingehalten. Frankreich hatte angekündigt, dass der Erfolg unserer Ratspräsidentschaft an den Prioritäten gemessen werden sollte, die in so vielerlei Hinsicht strukturierend sind: der Kampf gegen die globale Erwärmung, die Förderung sozialer Rechte und die Regulierung der Digitalgiganten. Zu diesen drei Prioritäten liegen die Ergebnisse vor:

- > Die Mitgliedstaaten haben allen Regelungen zugestimmt, mit denen wir unser Ziel, die Emissionen bis 2030 um 55% zu senken, erreichen können, insbesondere die CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer, da der ökologische Wandel nur dann wirksam und gerecht sein kann, wenn die Partner der Europäischen Union die gleichen Anstrengungen unternehmen wie sie selbst;
- > Ein garantierter Mindestlohn für alle europäischen Arbeitnehmer, um dem Wettlauf um die niedrigsten Löhne ein Ende zu setzen;
- > Die beiden europäischen Gesetze über digitale Märkte und Dienstleistungen, die große digitale Akteure dazu verpflichten, den Wettbewerb zu respektieren oder hasserfüllte, rassistische, terroristische Äußerungen, Beleidigungen oder belästigende Inhalte zu entfernen.

In sechs Monaten hat die Europäische Union ebenfalls bedeutende Fortschritte gemacht, mit der Reform des Schengen-Raums, dem Kampf gegen die importierte Abholzung, einem strategischen Kompass für unsere Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, der Forderung nach Gegenseitigkeit im internationalen Handel und der Neugestaltung unserer Beziehungen zu Afrika. Einige dieser Fortschritte waren längst überfällig, wie etwa das Abkommen über die Gleichstellung von Frauen und Männern in Aufsichtsräten.

Diese ökologischen, sozialen oder digitalen Fortschritte sind historisch und läuten eine neue Ära der europäischen Souveränität ein, in der die Union als Macht und gemäß ihren Werten handelt.

Diese europäische Stärke wäre nicht denkbar ohne das Festhalten an seinen demokratischen Werten. Mit der 2019 initiierten Konferenz über die Zukunft Europas haben Zehntausende von Bürgern auf dem gesamten Kontinent das Antlitz Europas für die kommenden Jahrzehnte gestaltet: ein mutiges, schützendes Europa, das seine Rolle im Umweltbereich wahrnimmt und seine Werte verteidigt, auch ein effizienteres Europa, das seinen Bürgern den ihnen gebührenden Platz einräumt.

Innerhalb von sechs Monaten wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen, in dem unsere Präsidentschaft an ihrem Motto «Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit» festhielt und gleichzeitig unsere Unabhängigkeit, unsere Werte und unseren Platz in der Welt verteidigte.

**Die französische EU-  
Ratspräsidentschaft  
im Mittelpunkt  
des europäischen  
Handelns  
angesichts des  
Krieges in der  
Ukraine**

**Auf Initiative der  
französischen  
Ratspräsidentschaft  
reagierte die Europäische  
Union vom ersten Tag an  
entschlossen, solidarisch  
und geeint auf den  
ungerechtfertigten Angriff  
Russlands gegen die  
Ukraine.**

## Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben mehr als 7,6 Millionen ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. Die französische Ratspräsidentschaft leitete unverzüglich Maßnahmen ein, um den in unserem Land gebliebenen Menschen einen vorübergehenden Schutz zu ermöglichen, der insbesondere darauf abzielt, ihnen sofort Zugang zu Beschäftigung, Bildung und sozialer Absicherung zu gewähren.

Nach der Aufstockung der humanitären Hilfe zur Unterstützung der Ukraine um 335 Millionen Euro zusätzlich zu der bilateralen humanitären Hilfe der Mitgliedstaaten in Höhe von 1,28 Milliarden Euro hat die Union auch eine außerordentliche Finanzhilfe in Höhe von 2 Milliarden Euro beschlossen. Sie hat sich bereit erklärt, 2022 eine zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von 9 Milliarden Euro zu gewähren und hat sich verpflichtet, eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau der Ukraine zu spielen.

Die Europäische Union unterstützte die ukrainische Armee mit beispiellosen Lieferungen von militärischer Ausrüstung im Wert von insgesamt 2 Milliarden Euro.

## Sanktionierung der Verantwortlichen

Unter französischer EU-Ratspräsidentschaft verabschiedete die Europäische Union in einem historischen Tempo bahnbrechende Maßnahmen, um die Verantwortlichen für den Angriff auf die Ukraine, Russland und Weißrussland, zu sanktionieren.

Es wurden sechs Sanktionspakete beschlossen, die sich unter anderem gegen Einzelpersonen und den Finanz-, Transport-, Verteidigungs- und Energiesektor richten. Die europäischen Beschlüsse verbieten die Verbreitung von Inhalten russischer kremlnaher Medien, wie Sputnik und RT. Sie verbieten die Einfuhr von russischer Kohle und russischem Öl, insbesondere durch ein Embargo für über 90 % des russischen Öls. Sie verbieten Schiffen unter russischer Flagge den Zugang zu europäischen Häfen und verhindern den Straßengütertransport durch russische und belarussische Unternehmen in der EU. Sie verwehren dem russischen Staat den Zugang zu seinen Devisenreserven im Ausland und schließen fast alle russischen Banken vom SWIFT-Finanztransaktionssystem aus.

Um die Straflosigkeit in der Ukraine zu bekämpfen, wurde die Eurojust-Verordnung in der Rekordzeit von einem Monat geändert, damit die Agentur an der Seite der ukrainischen Behörden und des Internationalen Strafgerichtshofs eine Schlüsselrolle bei der Sicherung von Beweisen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit spielen und neue Arten von Beweisen wie Videoaufnahmen verwerten kann.

# Stärkung der europäischen Souveränität: die Agenda von Versailles

Die Europäische Union hat vor dem Hintergrund der Rückkehr des Krieges auf den europäischen Kontinent auch an einem neuen Modell gearbeitet, das der Stärkung ihrer eigenen Souveränität und ihrer strategischen Interessen dient. Die französische Ratspräsidentschaft hat in dieser Hinsicht die Initiative ergriffen, insbesondere auf dem Gipfeltreffen in Versailles am 10. und 11. März 2022, auf dem die Agenda von Versailles verabschiedet wurde. Diese besteht aus neuartigen Verpflichtungen zwischen den europäischen Staats- und Regierungschefs, die darauf abzielen:

➤ die europäischen Verteidigungsfähigkeiten mit dem Ziel zu stärken, die Verteidigungsausgaben erheblich zu erhöhen, die Entwicklung gemeinsamer Projekte der Mitgliedstaaten zu fördern und die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern zu verstärken ;

➤ unsere Energieabhängigkeit von Russland zu beenden und die Umsetzung unserer Klimaschutzziele durch eine schnellere Verringerung des Einsatzes fossiler Brennstoffe, durch eine Diversifizierung unserer Beschaffungsmöglichkeiten und Versorgungswege sowie durch die Gewährleistung ausreichender Gasspeichermengen zu beschleunigen und dabei die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele der Europäischen Union einzuhalten. Die Europäische Union setzt sich auch für einen gemeinsamen Gasbeschaffungsmechanismus der Mitgliedstaaten ein ;

➤ unsere strategische Unabhängigkeit bei kritischen Rohstoffen, Halbleitern, Gesundheit und Nahrungsmitteln zu stärken.

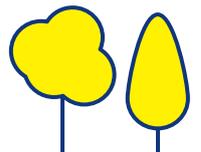
Dieser neue politische Kurs für die Union, der ihre Unabhängigkeit, ihre Macht und ihren Platz in der Welt stärken wird, wird im Mittelpunkt der europäischen Arbeit der kommenden Jahre stehen.

# **Die französische EU- Ratspräsidentschaft in 5 Zahlen**



# 130

Verabschiedete Texte



# 233 000

Bäume, die von der  
Forstbehörde ONF  
als Kohlenstoffausgleich  
gepflanzt werden



# + 400

Veranstaltungen  
in ganz Frankreich



Conférence  
sur l'avenir  
de l'Europe

# + 700 000

Teilnehmer an der  
Konferenz über die  
Zukunft Europas



# + 2 000

Treffen von EU-Beamten

# **Die französische EU- Ratspräsidentschaft in 24 konkreten Fortschritten**

# Die drei symbolträchtigen Texte

**Die französische EU-Ratspräsidentschaft erzielte Fortschritte bei drei symbolträchtigen Texten mit nachhaltigen Auswirkungen für den Aufbau eines souveränen, ökologischen und sozialen Europas.**

## 1. Die CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer

**Die Einigung der Mitgliedstaaten auf diesen Mechanismus ist ein Sieg für die europäische Klimapolitik.**

Mit der weltweit ehrgeizigsten Gesetzgebung zum ökologischen Wandel bekräftigt die Europäische Union ihre Entschlossenheit, ihr Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050 zu erreichen. Die CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer (oder «CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus») ist die europäische Antwort auf die Konkurrenz aus Ländern mit weniger anspruchsvollen Umwelt- und Klimaregulierungen. Indem sie die Einführung eines identischen Kohlenstoffpreises für Importe im Vergleich zur europäischen Produktion ermöglicht, trägt sie zur weiteren Dekarbonisierung unserer Volkswirtschaften bei und regt gleichzeitig Drittländer dazu an, sich ihrerseits für den ökologischen Wandel zu engagieren.

## 2. Die Mindestlöhne

**Die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in Europa ist einer der bedeutendsten Fortschritte des sozialen Europas seit Jahren.**

Diese neue europäische Gesetzgebung ist der Beweis des beschützenden Europas: Sie wird die Arbeits- und Lebensbedingungen der europäischen Bürger verbessern, insbesondere durch die Einigung auf gemeinsame Grundsätze und Kriterien für die Festlegung der angemessenen Höhe des Mindestlohns in jedem Mitgliedstaat, aber auch durch die Förderung von Tarifverhandlungen. Diese Gesetzgebung ist ein starkes Instrument der Konvergenz und wird den Lohnwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten bekämpfen.

### 3. Eine ehrgeizige Regulierung der digitalen Dienste und des digitalen Marktes

**Die Europäische Union hat zwei neue Gesetze verabschiedet, die einen neuen globalen Standard für die Regulierung der Digitalgiganten setzen, die strukturierende Auswirkungen auf den Alltag der europäischen Bürger und Unternehmen haben.**

Das Gesetz über digitale Märkte (DMA) soll die wirtschaftliche Dominanz der großen Plattformen beenden und die Wahlfreiheit der Verbraucher sowie die Innovation im digitalen Sektor stärken. Mit dieser Gesetzgebung dürfen große Plattformen beispielsweise nur noch dann Software oder Anwendungen standardmäßig vorschreiben oder deren Deinstallation verhindern, ihre Dienste oder Produkte bevorzugen oder persönliche Daten für gezielte Werbung weiterverwenden, wenn eine ausdrückliche Zustimmung vorliegt. Bei Verstößen sind hohe Geldstrafen vorgesehen, die bis zu 10 % des weltweiten Umsatzes des betreffenden Unternehmens betragen können.

Das Gesetz über digitale Dienste (DSA) soll die Verbreitung illegaler Inhalte (Anstiftung zum Hass oder zur Gewalt, Belästigung, Kinderpornografie, Verherrlichung von Terrorismus usw.) und den Online-Verkauf illegaler Produkte einschränken. Die großen Plattformen müssen den Mitgliedstaaten Zugang zu ihren Algorithmen gewähren und ein Instrument bereitstellen, mit dem Nutzer illegale Inhalte und Produkte (terroristische Botschaften, Aufrufe zu Hass oder Gewalt, Belästigung usw.) melden können, damit die Plattformen diese schnell entfernen oder den Zugang dazu deaktivieren. Das DSA verbietet die gezielte Ansprache von Personen mit Online-Werbung, die auf ihrer Religion, ihren sexuellen Vorlieben, Informationen über ihre Gesundheit oder ihren politischen Überzeugungen beruht. Gezielte Werbung ist auch gegenüber Minderjährigen verboten.

# Die Ergebnisse

**Die französische EU-Ratspräsidentschaft hat die Annahme von Abkommen ermöglicht, die dazu beitragen werden, das Leben von Millionen Europäern zu verändern.**

**Hier sind einige Beispiele:**

## 1. Ein souveräneres Europa

### Die Reform des Schengen-Raums

Im Einklang mit der Rede des französischen Staatspräsidenten in Tourcoing am 2. Februar machte die französische EU-Ratspräsidentschaft die Reform des Schengen-Raums zu einer politischen Priorität, mit dem Ziel, die Freizügigkeit im Inneren zu wahren und unsere Außengrenzen besser zu schützen.

Die Europäische Union hat die geltenden Regeln modernisiert, um den Staaten die notwendigen Instrumente an die Hand zu geben, damit sie ihre Bürger besser vor Gesundheitskrisen, der Instrumentalisierung der Migration oder Bedrohungen unserer Sicherheit schützen können, während gleichzeitig die Freizügigkeit in unserem gemeinsamen Raum gewahrt bleibt. Die Einhaltung der Regeln wird häufiger und transparenter überwacht werden.

Die politische Steuerung des Schengen-Raums wurde durch die Einrichtung eines «Schengen-Rates», der bereits zweimal getagt hat, und die Einführung eines Schengen-Scoreboards zur Überwachung der Entwicklungen innerhalb des Raums gestärkt.

## Eine solidarischere und sicherere Antwort auf die Migrationsherausforderung

### ➤ **Der Asyl- und Migrationspakt :**

Die Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, die in Europa ankommenden Flüchtlinge besser zu verteilen und gleichzeitig die notwendigen Kontrollen an unseren Außengrenzen bei der Ankunft zu verstärken. Es wird eine Koordinierung eingeführt, um eine menschenwürdige und solidarische Aufnahme von schutzbedürftigen Personen in anderen Ländern als denen der Ersteinreise zu ermöglichen. Diese verstärkte Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten wird mit einem besseren Schutz unserer Außengrenzen einhergehen, und zwar durch ein obligatorisches Screening von Asylsuchenden, die in die EU einreisen, und durch die Erweiterung des Datenbestandes, der bei ihrer Ankunft gesammelt wird, um biometrische Daten aufzunehmen und anschließend die Nachverfolgung der Asylsuchenden zu ermöglichen. Diese Neuerungen werden eine bessere Bekämpfung irregulärer Migrationsbewegungen ermöglichen und die Rückführung von Personen mit irregulärem Status erleichtern.

Die Berücksichtigung der externen Dimension der Migration wurde durch die Einrichtung eines neuen, speziellen Forums verstärkt, das in den letzten Monaten in regelmäßigen Abständen tagte.

## Fortschritte bei der europäischen Verteidigungspolitik

### ➤ **Der strategische Kompass:**

Dieses Weißbuch der europäischen Verteidigung ist ein in der Geschichte der Union bisher einmaliges Projekt. Es trägt zur Entstehung einer gemeinsamen strategischen Kultur und zur Stärkung des Zusammenhalts der Europäer bei und stellt einen echten Fahrplan für die nächsten zehn Jahre dar, mit konkreten Maßnahmen, die in den Bereichen Militäroperationen, Resilienz, Investitionen in die Verteidigung und Partnerschaften zu ergreifen sind.

### ➤ **Stärkung der europäischen**

**Verteidigungsindustrie:** In Versailles haben sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf ein starkes Ziel zur Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten verständigt. Die Kommission hat eine Analyse des Investitionsbedarfs und der dafür erforderlichen Maßnahmen vorgelegt. Sie wird zeitnah Instrumente entwickeln, um bei der Wiederauffüllung der Bestände der Mitgliedstaaten, die die Ukraine materiell unterstützt haben, behilflich zu sein und Investitionen in die Fertigung europäischer Verteidigungsgüter durch eine Mehrwertsteuerbefreiung und finanzielle Unterstützung zu fördern.

## Wohlstand und Stabilität in der europäischen Nachbarschaft

### ➤ **Neugestaltung unserer**

**Beziehung zu Afrika:** Die französische EU-Ratspräsidentschaft bot die Gelegenheit, unsere Beziehung zur Afrikanischen Union neu zu begründen, indem wir auf einer für beide Seiten vorteilhaften, erneuerten und verstärkten Partnerschaft bestanden. Diese Initiative der französischen Ratspräsidentschaft führte dazu, dass die Europäische Union auf dem Gipfeltreffen am 17. und 18. Februar Investitionen in Höhe von 150 Milliarden Euro ankündigte, die sich auf zehn Themenbereiche verteilen, die von Gesundheit und Energie über den Bau moderner Infrastrukturen bis hin zur Beschleunigung von Großprojekten zur Bekämpfung des Klimawandels, wie der Großen Grünen Mauer, reichen.

### ➤ **Die europäische politische**

**Gemeinschaft:** Die französische Ratspräsidentschaft bot die Gelegenheit, einen neuen Vorschlag für die politische Organisation unseres Kontinents zu unterbreiten. Der Vorschlag einer europäischen politischen Gemeinschaft, den der französische Staatspräsident am 9. Mai vorgebracht hatte, wurde am 23. Juni von den europäischen Staats- und Regierungschefs aufgegriffen. Diese Gemeinschaft wird die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sicherheitspolitischen Verbindungen auf unserem Kontinent mit jenen europäischen Staaten stärken, die mit uns ein Fundament an demokratischen Werten teilen. Sie wird ein Forum für Koordinierung, Entscheidungsfindung und Kooperationsprojekte sein, um konkrete Antworten auf die Herausforderungen zu finden, mit denen Europa konfrontiert ist: außen- und sicherheitspolitische Fragen, Klimawandel und Versorgung mit Energie und anderen Rohstoffen, Ernährungssicherheit, Entwicklung von Infrastrukturen und deren Vernetzung, Mobilität, Migration, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Beziehungen zu anderen geopolitischen Akteuren.

## 2. Aufbau eines neuen europäischen Wachstumsmodells

### Europa zu einem großen Kontinent der Produktion, der Innovation und der Schaffung von Arbeitsplätzen machen

#### ➤ **Das Gegenseitigkeitsinstrument für das öffentliche Beschaffungswesen:**

Diese Verordnung, die nach zehnjährigen Verhandlungen angenommen wurde, wird es ermöglichen, auf den Weltmärkten wieder faire Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen zu schaffen. Die Kommission kann Zugangsbeschränkungen oder diskriminierende Praktiken eines Drittstaates untersuchen und ihrerseits den Zugang zu europäischen öffentlichen Aufträgen beschränken, wenn der Drittstaat selbst Beschränkungen gegenüber europäischen Unternehmen praktiziert.

➤ **Das Instrument zur Bekämpfung wettbewerbsverzerrender ausländischer Subventionen:** Die europäischen Regelungen für staatliche Beihilfen gelten nur für die Mitgliedstaaten, ohne dass Drittstaaten die gleichen Regelungen für ihre Unternehmen anwenden. Letztere konnten daher massiv subventioniert werden, um öffentliche Aufträge in Europa erteilt zu bekommen. Das neue EU-Recht wird dieser Praxis ein Ende setzen.

➤ **Schutz der europäischen Verbraucher:** Mit einer Gesetzgebung zum Universal-Ladegerät schreibt die Europäische Union allen Herstellern ein einheitliches Ladegerät für Telefone, Tablets oder auch Kameras vor. Dies ist ein Fortschritt für das Klima und die Kaufkraft. Die Mitgliedstaaten haben sich außerdem darauf geeinigt, Verbraucherkredite besser zu regulieren, insbesondere durch eine bessere Information der Verbraucher und die Vermeidung von Überschuldungssituationen.

➤ **Die industrielle Zusammenarbeit vorantreiben:** Die gemeinsamen europäischen Industrieprojekte (IPCEI) haben während des französischen Ratsvorsitzes substantielle Fortschritte gemacht, insbesondere in den Bereichen Mikroelektronik, Konnektivität und Gesundheit.

### ➤ **Eine ehrgeizigere europäische**

**Raumfahrtspolitik:** Auf dem Raumfahrtgipfel in Toulouse am 16. und 17. Februar wurden Fortschritte bei der Schaffung souveräner europäischer Infrastrukturen erzielt. Die Europäische Union wird eine Konstellation für autonome Konnektivität schaffen und hat sich auf eine gemeinsame Vision für das Weltraumverkehrsmanagement geeinigt, um unsere Satelliten vor Kollisionen und feindlichen Handlungen zu schützen.

### ➤ **Bessere Finanzierung unserer**

**Volkswirtschaften:** Die französische EU-Ratspräsidentschaft ermöglichte Fortschritte bei mehreren Texten, die einen Rahmen für die europäischen Finanzdienstleistungen bilden sollen, insbesondere bei der Festlegung von Standards für grüne Anleihen, der Gewährleistung der IT-Sicherheit von Finanzunternehmen wie Banken, Versicherungsgesellschaften und Investmentfirmen und der besseren Regulierung von Krypto-Assets.

## Konkretisierung unserer klimapolitischen Ambitionen

➤ **Wir wollen unsere Emissionen bis 2030 um 55 % senken:** Um Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen und unsere Emissionen bis 2030 um 55 % zu senken, haben sich die Mitgliedstaaten auf eine Reihe von wichtigen Gesetzen geeinigt. Dank ihnen stärken wir den europäischen Kohlenstoffmarkt und erweitern ihn auf Sektoren, die bisher nicht betroffen waren, wie die Schifffahrt; wir beenden den Verkauf von neuen Benzin- und Dieselfahrzeugen mit Verbrennungsmotor in Europa ab 2035; wir begleiten die Europäer bei diesem Übergang mit einem Sozialfonds in Höhe von 59 Milliarden Euro.

➤ **Gegenseitigkeit von Standards:** Die französische EU-Ratspräsidentschaft ermöglichte substanzielle Fortschritte in der Frage der Spiegelmaßnahmen, die es ermöglichen, dass für europäische Produkte und solche, die aus Drittländern importiert werden, die gleichen Umwelt- und Gesundheitsstandards bei der Produktion gelten. Dieses Prinzip wurde zum Beispiel im Rahmen der Einigung auf die Batterieverordnung angewandt, die die Nachhaltigkeits- und Sicherheitsanforderungen festlegt, die alle auf den EU-Markt gebrachten Batterien unabhängig von ihrer Herkunft erfüllen müssen, da ihnen sonst der Zugang zum europäischen Markt verwehrt wird.

➤ **Bekämpfung der importierten Entwaldung:** Die französische EU-Ratspräsidentschaft ermöglichte eine Einigung der Mitgliedsstaaten auf eine europäische Gesetzgebung, die verhindern wird, dass Produkte, die eine Entwaldung oder Waldschädigung verursachen, auf den europäischen Markt gelangen. So werden wir sicherstellen, dass die Produkte, die wir täglich konsumieren, wie Kaffee, Schokolade oder auch Fleisch, nicht die großen Regenwälder unseres Planeten zerstören.

➤ **Veröffentlichung von Nachhaltigkeitsinformationen durch Unternehmen:** Dank der Einigung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament müssen Unternehmen, die mehr als 250 Mitarbeiter beschäftigen oder börsennotiert sind, ihre Umwelt-, Sozial- und Governance-Politik künftig in standardisierten, begründeten und zertifizierten Informationsdokumenten festhalten. Das bedeutet also mehr Transparenz für Bürger, Verbraucher und Investoren, damit die Unternehmen ihre Rolle in der Gesellschaft voll ausfüllen können. Als Vektor der Umwelttransparenz wird die Erhöhung unserer Zielsetzungen im Bereich der Klimaberichterstattung es ermöglichen, über die Leistungen der Unternehmen zu berichten und die europäischen Standards in einem Kontext starken internationalen Normenwettbewerbs zu stärken.

## Handeln für die Gleichstellung von Frauen und Männern

➤ **Die Stellung von Frauen in den Vorständen von Unternehmen:** Dank der Einigung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament, nachdem die Verhandlungen zehn Jahre lang blockiert waren, müssen börsennotierte europäische Unternehmen eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in ihren Vorständen erreichen. Die Mitgliedstaaten müssen nun sicherstellen, dass ihre börsennotierten Unternehmen das Ziel verfolgen, dass jedes Geschlecht bis 2026 zu mindestens 40 % bei den nicht exekutiven Vorstandsmitgliedern oder zu 33 % bei allen Mitgliedern (exekutiv und nicht exekutiv) vertreten ist.

## Überseegebiete

Auf Initiative unserer EU-Ratspräsidentschaft flossen Vorschläge, die in Abstimmung mit den neun Gebieten in äußerster Randlage der Union erarbeitet wurden, in die neue Strategie der Europäischen Kommission ein, die sich auf die Folgen der Pandemie, die wirtschaftliche Erholung, soziale Themen und den digitalen Wandel konzentriert.

## 3. Ein menschliches Europa

### ➤ Konferenz zur Zukunft

**Europas:** Während der französischen Ratspräsidentschaft ermöglichte die vom französischen Staatspräsidenten vorgeschlagene Initiative der Konferenz zur Zukunft Europas die Vorlage von Empfehlungen, die von den europäischen Bürgern ausgearbeitet worden waren. Diese neuartige Übung in Sachen Demokratie mobilisierte mehr als 700 000 europäische Bürger auf dem gesamten Kontinent und mehr als 50 000 Jugendliche in Frankreich. Nun liegt es an den Mitgliedstaaten und den Institutionen, die Vorschläge der Bürger umzusetzen.

## Handeln für den Rechtsstaat und den Grundrechtsschutz

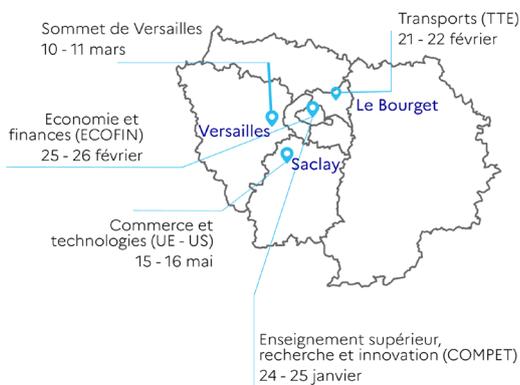
➤ **Rechtsstaat:** Die französische Ratspräsidentschaft nutzte alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente, um die Rechtsstaatlichkeit in Europa weiter voranzutreiben. Sie initiierte insbesondere eine Debatte über die Stärkung der nunmehr in Kraft getretenen Verordnung über die Konditionalität der Rechtsstaatlichkeit, die es ermöglicht, Maßnahmen gegen jeden Verstoß in diesem Bereich zu ergreifen, der sich auf den europäischen Haushalt auswirkt.

➤ **Grundrechte:** Auf Betreiben der französischen EU-Ratspräsidentschaft nahm der Rat Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus an. Eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützte den Vorschlag, Hassreden und Hassverbrechen in die Liste der Straftatbestände aufzunehmen, die im EU-Recht vorgesehen sind. Sobald der Vorschlag einstimmig von den Mitgliedstaaten und vom Parlament angenommen worden ist, wird er es der Union ermöglichen, strafrechtliche Vorschriften zu Hassreden und -verbrechen, auch aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung, zu erlassen.

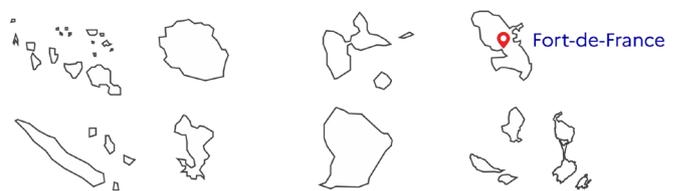
# **Französische EU- Ratspräsidentschaft in 29 Städten Frankreichs**



### Île-de-France



### Outre-mer



 Informelle Treffen

 Ministerkonferenzen



[europe2022.fr](http://europe2022.fr)